bekannte ihn begrüßen), nahm der sonst perfekt Englisch sprechende Willy Brandt Zuflucht zu Lübke-Englisch, um seine Meinung über die Bedenken der Kanzler-Bewacher kundzutun: „Cold Coffee."

DDR

FÜNF-TAGE-WOCHE

Samstags nie

Von der Sowjet-Union lernen", so lernten und glaubten die Genossen jahrzehntelang, „heißt siegen lernen."

Doch seit Beginn dieser Woche stimmt der SED-Wahlspruch nicht mehr: Zum 28. August wurde in Walter Ulbrichts Republik per Regierungs-Dekret die Fünf-Tage-Woche eingeführt und damit zum erstenmal das westliche Beispiel dem Moskauer Vorbild vorgezogen. Denn in der Sowjet-Union und allen anderen Ostblockstaaten wird weitgehend noch immer

Freizeit in der DDR, August 1967*: Faust im Grünen?

an sechs Tagen in der Woche gearbeitet, in der DDR jedoch vom Montag dieser Woche an samstags nie**.

Formal geht diese neue Arbeitszeitregelung sogar über den sozialen Fortschritt westlicher Länder hinaus. In der Bundesrepublik beruht die Fünf-Tage-Woche (bei durchschnittlicher Arbeitszeit von 41,62 Wochenstunden) auf freier — und darum theoretisch revidierbarer — Vereinbarung zwischen Unternehmern und Gewerkschaften. Die DDR aber, so renommierte das SED-Zentralblatt „Neues Deutschland" in Ost-Berlin, „ist heute das einzige Land in Europa, in der diese volle Fünf-Tage-Arbeitswoche gesetzlich verbrieftes Recht der Werktätigen ist".

Chronischer Arbeitskräftemangel, veraltete Produktionsmethoden und unmoderne Betriebsausrüstungen standen jahrelang dem Wunsch der DDR-Werktätigen nach mehr Freizeit entgegen. Erst als die SED-Führer eine Stabilisierung der DDR-Wirtschaft — späte Folge des Mauerbaus — und Erfolge bei der Rationalisierung in der Industrie feststellen konnten, kürzte Ost-Berlin zu Ostern 1966 die Arbeitszeit von durchschnittlich 48 auf 45 Wochenstunden. Jeder zweite Sonnabend blieb fortan arbeitsfrei.

Und schon ein Jahr später waren die Pläne für den zweiten Schritt fertig: Auf Ulbrichts Vorschlag präsentierten die Delegierten des VII. SED-Parteitags im April dieses Jahres dem DDR-Volk gleich ein ganzes Sozialpaket. Es enthielt neben der Einführung der Fünf-Tage-Woche zum 28. August

- ▷ die generelle Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich (bei Arbeitern mit 45 Wochenstunden auf 43¾ Stunden, bei Arbeitern mit 44 Wochenstunden auf 42 Stunden),
- ▷ die Erhöhung des gesetzlichen Mindesturlaubs von zwölf auf 15 Tage,
- ▷ die Erhöhung der Mindestbruttolöhne von 220 auf 300 Mark sowie eine „differenzierte Erhöhung" aller Einkommen, die unter 400 Mark liegen,
- ▷ die Erhöhung des staatlichen Kindergeldes für das vierte Kind von monatlich 40 auf 60 Mark und für jedes weitere Kind von 45 auf 70 Mark und
- ▷ (zum 1. Juli 1968) die Erhöhung der Mindestrenten von 129 auf 150 Mark.

Um allerdings wenigstens einen Teil der ausfallenden Arbeitszeit wieder wettzumachen, arbeitete Ost-Berlins Regierung zugleich eine neue Feiertagsordnung aus. Sie bestimmt, daß am „Tag der Befreiung" (8. Mai), an Ostermontag, Himmelfahrt, Fronleichnam, Reformationstag und Bußtag fortan wie an Werktagen gearbeitet wird. Wer an den kirchlichen Feiertagen „religiöse Veranstaltungen" besuchen will, kann „dafür unbezahlte Freizeit in Anspruch nehmen".

Seit diesem Parteitagsbeschluß werden die DDR-Werktätigen mit Direktiven, Plankorrekturen und Informationsmaterial überschüttet. Dennoch befürchtet die SED, daß diese bisher komplizierteste aller DDR-Aktionen nicht ohne Reibungsverluste ablaufen wird. „Neues Deutschland" vorsichtig: „Natürlich sind mit der Einführung dieser großen sozialen Maßnahme vielfältige Probleme verbunden."

Ungewiß ist, ob die Arbeiter auf Staatsgütern für die sommers unvermeidliche Mehrarbeit tatsächlich, wie versprochen, im Winter entschädigt werden können. So gut wie sicher dagegen ist, daß zahlreiche Einzelhandelsgeschäfte ihre Verkaufszeiten an Sonnabenden reduzieren müssen, weil aus Mangel an Personal kein Schichtdienst eingeführt werden kann.

Und um die Kontinuität der Dienstleistungen etwa im Transportwesen oder in der medizinischen Versorgung zu sichern, wird ein Teil der DDR-Bürger nicht jeweils am Sonnabend und Sonntag, sondern an wechselnden Wochentagen frei haben.

Das wird zu Komplikationen vor allem wegen des hohen Anteils arbeitender Frauen (47 Prozent aller Werktätigen) führen***. Denn wenn in einer Familie auch nur einer der Ehepartner im durchgehenden Schichtdienst arbeitet und folglich die beiden freien Tage zumeist außerhalb des Wochenendes nehmen muß, hat das Ehepaar nur selten gemeinsame Freizeit.

Das alles plagt Partei- und Staatsführung ebenso wie die Frage, was die DDR-Bürger mit ihrer neugewonnenen Freizeit anfangen werden. Vom Wunsch nach der verplanten Gesellschaft besessen, haben Ost-Berlins Fünf-Tage-Strategen deshalb umfangreiche Vorbereitungen getroffen.

Um die Freizeitler von Beat und Bummelei abzuhalten, sollen beispielsweise in den Naherholungsgebieten politisch-kulturelle Bildungsveranstaltungen organisiert und in den Städten Studienzirkel gegründet werden. Außerdem wurden Funk und Fernsehen, Kinos und Theater angewiesen, ideologisch aufbauende Wochenendprogramme darzubieten.

„Neues Deutschland" gab sich nach einer Umfrage optimistisch: „Wenn ... 77 Prozent der Befragten Goethes ‚Faust' gelesen oder auf der Bühne gesehen haben, dann ist anzunehmen, daß die Mehrheit der Bevölkerung mit der in Kürze anfallenden zusätzlichen

* Ost-Berlin, Unter den Linden.

** In der Sowjet-Union soll bis zum 7. November zur 50-Jahr-Feier der Oktober-Revolution für rund ein Drittel der Werktätigen die Fünf-Tage-Woche eingeführt werden.

*** Mit 47 Prozent weiblichen Berufstätigen steht die DDR nach der Sowjet-Union (51,7 Prozent) an der zweiten Stelle der Weltstatistik. Zum Vergleich: Von den Berufstätigen der Bundesrepublik sind 36,7 Prozent Frauen.

Freizeit durchaus etwas Nützliches anzufangen weiß."

In einer Umfrage der (Ost-)„Berliner Zeitung" hingegen war von Goethe gar nicht und von Bildung kaum die Rede. Für die Meinung der Mehrheit stand vielmehr die Antwort der Ost-Berliner Ärztin Dr. Gisela Krone, 31.

Sie sagte: „Ich habe viele Wünsche für die freien Sonnabende: Ausschlafen, lesen, spazierengehen, ins Grüne fahren und auch hin und wieder einmal eine Bar besuchen."

AFFÄREN

KOREANER

Lage des K.

General Hyung Wook Kim, 42, Chef des südkoreanischen Geheimdiensts CIA, lacht gern über den in Seoul herumgereichten Lobspruch, James Bond hätte den Rücktransport von 17 Koreanern aus Deutschland nicht besser arrangieren können als seine Agenten. „Unsere Leute", sagte er dem SPIEGEL, „waren schon wieder zu Hause, als bei Ihnen die ersten Pressemeldungen auftauchten." Laut Kim war die Aktion „impeccably unobservable", absolut unbemerkbar.

Das war sie nicht.

Vom 11. Juni dieses Jahres an begannen die südkoreanischen CIA-Agenten in die Bundesrepublik einzureisen, unbemerkt. Entgegen einer Darstellung des „Stern" waren sie nicht von der deutschen Botschaft in Seoul „mit Einreiseerlaubnis ausgestattet" worden.

Die deutsche Botschaft hatte keine Visa ausgestellt und hätte notwendigerweise auch davon Kenntnis bekommen müssen, wenn die Koreaner in deutschen Botschaften anderer Länder wegen Visa-Erteilung vorstellig geworden wären (was CIA-Chef Kim im SPIEGEL-Gespräch, siehe Seite 27, andeutet). Die Agenten reisten vielmehr mit sogenannten Dienstpässen, die eines Visums nicht bedürfen.

Mitte Juni begannen die CIA-Leute, die 17 Koreaner einzusammeln. Stützpunkt war die koreanische Botschaft in der Adenauerallee 124 zu Bonn, Organisator der — inzwischen nach Seoul zurückgekehrte — Botschaftsrat Yang, ein CIA-Mann.

Die Agenten brachten es fertig, ihre Landsleute in kürzester Zeit zur Heimreise nach Korea zu bewegen — teils mit dem redlichen Argument, es sei das beste, erhobene Vorwürfe in Seoul rasch aufzuklären; teils durch Finte und Einschüchterung, indem sie etwa kundtaten, die Verdächtigten würden sonst von der deutschen Polizei verhaftet und ausgeliefert; teils — entgegen den Behauptungen von CIA-Chef Kim — durch Drohungen. Einem der 17 wurde beispielsweise erklärt, er werde im Falle der Weigerung nie mehr seine Verwandten in Korea sehen können.

Fast alle reisten — Abflug der ersten Gruppe: 18. Juni — in Begleitung von CIA-Leuten zurück, die zum Teil auch die Reisedokumente der Schützlinge in ihren Taschen hatten: von der Botschaft neu ausgestellte Zertifikate. Einer der Inhaber kann sich nicht erinnern, das Dokument unterschrieben zu haben: „Das ist einfach so hingemalt worden in der Botschaft."

Von der Chance, den Rückflug zu verweigern, machte nur einer Gebrauch; theoretisch hätten das alle 17 tun können, wie einige von ihnen auch noch Nachrichten hinterlassen konnten — so der Heidelberger Student Chong Dae Kim, 32, der per Post mitteilte, er befinde sich „... in der Lage des K. im ‚Prozeß' von Kafka".

Das Schreiben trug das Datum des 19. Juni und den Poststempel des 21. Juni, traf am 23. in Heidelberg ein und führte am 25. Juni zu ersten Vermißtenanzeigen. Am 28. Juni — in Heidelberger Studentenkreisen kursierten Gerüchte, im ganzen Bundesgebiet seien Koreaner verschwunden — verständigte das Landeskriminalamt Baden-Württemberg die Sicherungs-

Südkoreanischer CIA-Chef Kim
Absolut unbemerkbar?

gruppe Bonn des Bundeskriminalamtes sowie sämtliche Landeskriminalämter der Bundesrepublik. Am 29. Juni gingen von dort die Bestätigungen ein, daß Koreaner vermißt seien.

Doch an diesem Tage verließ schon der letzte der 17 Koreaner über die Pol-Route Deutschland. An eben diesem Tage, in den Abendstunden, rief in Seoul Frau Heidrun Kang, Ehefrau des Universitätsprofessors Bin Hoo Kang, den Konsulatssekretär Fritz Schmidt von der deutschen Botschaft an und teilte ihm mit, die CIA hole ihren Mann gerade zur Vernehmung ab. Sie entschloß sich, ihn zu begleiten und wollte sich am nächsten Tag wieder melden.

Das tat sie nicht. Nach einigen Stunden hatten Schmidt und der Kulturreferent der deutschen Botschaft, Dietrich Schäfer, die Gewißheit, daß sie im Gewahrsam der CIA war. Am Abend desselben Tages informierten sie ihren Botschafter Franz Ferring. Und das war, wie Ferring dem SPIEGEL sagte, „zum erstenmal, daß ich von der ganzen Sache hörte". Das AA hatte bis dahin über das Verschwinden der Koreaner in Deutschland noch nichts mitgeteilt.

Genau eine Woche später, nachdem es in Bonn zu einem diplomatischen Eklat gekommen war, traf Wilhelm Boucherie, 38, Diplomvolkswirt aus Münster und Chef der deutschen Planungsgruppe beim koreanischen Wirtschaftsplanungsamt, zufällig einen ihm bekannten, „hochgestellten koreanischen Politiker". Von diesem Koreaner im Staatsdienst erfuhr er, daß CIA-Leute vor Beginn der Aktion in Deutschland Botschafter Ferring aufgesucht und ihn informiert hätten.

Boucherie über seinen Informanten: „Keineswegs eine zwielichtige Figur, sondern ein Mann, dem das deutsch-koreanische Verhältnis am Herzen liegt." Boucherie informierte sofort die deutsche Botschaft; Ferring bat Boucherie für den folgenden Tag zu sich in die Residenz und wies, bei einem Gespräch im Garten, die Sache nachdrücklich als unwahr und absurd zurück. Energisch verwahrte sich Ferring auch gegenüber dem SPIEGEL: „Auch noch in der Botschaft sollen mich die CIA-Leute besucht haben! Dann hätten sie ja wohl mein Vorzimmer passieren müssen!"

Botschafter Ferring hält denn auch für denkbar, daß es sich um eine gezielte Irreführung durch den Geheimdienst handeln könne. Dafür spricht, daß Boucheries koreanischer Informant sich zunächst bereit erklärte, den Botschafter zu einer klärenden Aussprache aufzusuchen (worauf Ferring „großen Wert" legte), dann aber — angeblich nach Rücksprache mit politischen Instanzen — davon absah, weil, wie er Boucherie sagte, die Sache nicht mehr so wichtig sei.

Boucherie hörte später von koreanischer Seite widersprechende Äußerungen über den angeblichen Kontakt CIA-Ferring: teils bestätigend, teils dementierend. Auf die Frage des SPIEGEL, ob es denn denkbar sei, daß die CIA andere Mitglieder der Botschaft informiert haben könnte, die ihn dann möglicherweise nicht unterrichtet hätten, sagte Ferring: „Aber nein." Die Frau des Botschafters assistierte: „Das sind doch alles loyale Leute."

Dennoch: Hinweise der CIA, daß Agenten in die Bundesrepublik abgereist seien, wurden — wie SPIEGEL-Recherchen ergeben haben — tatsächlich der deutschen Botschaft zugespielt. Das geschah, als noch ein großer Teil der 17 Koreaner in Deutschland war; zu einem Zeitpunkt, da der Heidelberger Student Kim noch nicht einmal als vermißt gemeldet war.

Freilich, weshalb die Geheimdienstler nach Deutschland abgereist seien, ließ die CIA nicht durchsickern. Das hätten die deutschen Nachrichtendienste noch ermitteln müssen.